



## POLITISCHER BERICHT SLOWAKEI

März 2004

### ÜBERSICHT

- **Roma-Rebellion in der Ostslowakei**
- **Autokonzern Hyundai-Kia entscheidet sich für Produktionsstandort in der Slowakei**
- **Aussichtsloser Misstrauensantrag gegen Finanzminister Ivan Mikloš**
- **Slowakische Reaktionen auf die Hamburg-Wahl**

### Roma-Rebellion in der Ostslowakei

Mitte Februar wurde die slowakische Regierung von einer zuvor nie gekannten regelrechten Rebellion von Angehörigen der Roma-Minderheit in der Ostslowakei überrascht. Im Zusammenhang mit einer umfassenden Sozial- und Steuerreform wurden zum ersten Mal die im Vergleich zum Vorjahr für viele Familien auf bis zur Hälfte reduzierten Sozialhilfen ausbezahlt. Zugleich werden aber die Bedingungen für Sozialhilfeempfänger drastisch verschärft. Die großteils unqualifizierten Angehörigen der Roma-Minderheit sind davon überdurchschnittlich hart betroffen. Das gab zunächst den Anstoß zu vereinzelt Straßenprotesten und physischen Attacken auf Beamte von Sozialämtern. Mitte des Monats folgten dann immer aggressivere Protestkundgebungen und schließlich zahlreiche Plünderungen von Geschäften durch meist große Roma-Gruppen von 40 bis hundert Menschen. "Was sollen wir unseren Kindern zu essen geben, wenn wir nicht stehlen und plündern?", rechtfertigten sich viele Roma vor Fernsehkameras. Die Regierung unter dem christdemokratischen Ministerpräsidenten Mikuláš Dzurinda (Slowakische Demokratische und Christliche Union - SDKÚ) reagierte mit einer Demonstration der Stärke. In einer eilig einberufenen Sondersitzung am 24. Februar beschloss sie

die Entsendung von rund 1.500 Polizisten und 650 unbewaffneten Soldaten in die Konfliktgebiete "zur Sicherung der öffentlichen Ordnung". Laut Innenminister Vladimír Palko (Christlich-Demokratische Bewegung - KDH) bedeutete das die größte Bewegung von Polizeikräften seit der Wende im November 1989. Und zum ersten Mal seit der "samtenen Revolution" wurden in der bisher von sozialem Frieden geprägten Slowakei Wasserwerfer gegen Demonstranten eingesetzt. Die Polizisten im ganzen Land erhielten vorübergehend Urlaubsverbot. Daraufhin ebten die Ausschreitungen allmählich ab. Ladislav Fízik, der Vorsitzende des so genannten "Roma-Parlaments", der bekanntesten politischen Roma-Organisation im Land, sagte weitere Protestaktionen aus Furcht vor weiteren Plünderungen ab. Auf Initiative anderer Roma-Führer kam es aber dennoch zu vereinzelt weiteren Protestkundgebungen am 25. Februar in insgesamt zwölf Gemeinden. Laut Polizeiangaben sollen daran aber nur rund 1.300 Menschen teilgenommen haben. Ausschreitungen habe es dabei keine gegeben. Ministerpräsident Mikuláš Dzurinda rechtfertigte den Einsatz von Militär mit der Notwendigkeit, "mit allen gesetzlichen Mitteln und kompromisslos" gegen die Aufrührer vorgehen. Außerdem äußerte er den Verdacht, die Ausschreitungen seien nicht als spontane soziale Unruhe entstanden, sondern längerfristig organisiert worden.

## **Autokonzern Hyundai-Kia entscheidet sich für Produktionsstandort in der Slowakei**

Am 2. März bestätigte der südkoreanische Automobilkonzern Hyundai offiziell seine seit Monaten mit Spannung erwartete Entscheidung: Die nordslowakische Stadt Žilina machte im Finale gegen polnische Konkurrenz das Rennen um den künftigen europäischen Produktionsstandort des Konzerns. Noch in diesem Jahr soll mit dem Bau eines Automobilwerks begonnen werden. Eine Investition von 700 Millionen Euro ist dafür geplant. Nach der Fertigstellung zur Jahreswende 2006/2007 sollen an dem neuen Standort jährlich etwa 200.000 Autos der zum Konzern gehörenden Marke Kia vom Band laufen. Direkt sollen in dem Werk 2.400 Arbeitskräfte beschäftigt werden. Der Beschäftigungseffekt für die Zulieferindustrie wird noch weit höher eingeschätzt. "Die Slowakei wird ein europäisches Detroit!", jubelte daher ein Vertreter des slowakischen Reifenherstellers Matador, der bisher schon für Volkswagen produziert und für die Zukunft auch mit Aufträgen der neuen Automobilwerke rechnet. Kia verzeichnete in den vergangenen Jahren rasch steigende Marktanteile in Europa. Daher war es für die Firma nahe liegend, auf dem alten Kontinent auch einen eigenen Produktionsstandort einzurichten. Wegen der relativ niedrigen Löhne bei zugleich hoher Qualifikation der Arbeitskräfte sahen sich die Südkoreaner von Anfang an in den mitteleuropäischen Staaten um, die ab Mai der Europäischen Union angehören werden. Tschechien und Ungarn schieden aber schon im Vorjahr aus, während das Rennen zwischen Polen und der Slowakei bis zuletzt offen war. Hyundai-Kia ist bereits der dritte große Autoproduzent, der in der

Slowakei produzieren will. Volkswagen kam schon Anfang der Neunzigerjahre und beschäftigt derzeit mehr als 9.000 Arbeitskräfte an den Standorten Bratislava und Martin. Der französische Konzern PSA Peugeot Citroen fällt seine Standortentscheidung vor fast genau einem Jahr und baut derzeit ein großes Autowerk bei Trnava, nur 50 Kilometer östlich der Hauptstadt. Als möglicher vierter Automobilhersteller hat bereits die zum deutschen BMW-Konzern gehörende britische Firma Rover ernsthaftes Interesse signalisiert. Sie ist mit der slowakischen Regierung im Gespräch über eine Betriebsansiedlung in der Ostslowakei, wo wegen der hohen Arbeitslosigkeit höhere Subventionen bezahlt werden dürfen als im prosperierenden Raum Bratislava. Die Standortentscheidung von Hyundai-Kia löste in der Slowakei begeisterte Reaktionen von Politikern aus. Finanzminister Ivan Mikloš von der Dzurinda-Partei SDKÚ hatte aber gegenüber der Tageszeitung Pravda schon zuvor versichert, man habe dem Konzern nur solche Vergünstigungen versprochen, die "im Einklang mit den Regeln der Europäischen Union" stünden. Zu großzügige Förderungen für die amerikanisch-slowakische Stahlfirma U.S. Steel Košice sind nämlich derzeit gerade ein Streitpunkt, der der Slowakei auch nach dem EU-Beitritt noch Sanktionen bescheren könnte. Die Landeswährung Slowakische Krone war schon im Voraus wegen optimistischer Mediengerüchte über die bevorstehende Hyundai-Entscheidung leicht angestiegen und legte daher nach der offiziellen Information nur mehr unwesentlich zu. Gemessen an der Bevölkerungszahl wird die Slowakei nach der Fertigstellung der Werke von Peugeot und Hyundai-Kia zum mit Abstand größten Autoproduzenten der Welt aufsteigen. Der slowakische Verband der Automobilindustrie prognostiziert für das Jahr eine Produktion von fast 800.000 Autos pro Jahr in dem kleinen Land. Das entspräche einer Jahresproduktion von 144 Fahrzeugen pro tausend Einwohner. Der Anteil der Automobilindustrie an den Exporten des Landes dürfte nach Ansicht von Bankenprognosen auf 40 bis 45 Prozent steigen. Risiken aus einer zu einseitigen Orientierung auf die Automobilindustrie befürchten die meisten Ökonomen dennoch nicht. Dennoch konnte Wirtschaftsminister Pavol Rusko von der liberalen "Allianz des Neuen Bürgers" (ANO) seine Regierungspartner erst nach mehrstündigen Verhandlungen zu einer - dann allerdings einstimmigen - Regierungszustimmung zum Investitionsvertrag mit Hyundai-Kia bewegen. Vizepremier Pál Csáky von der zweitgrößten Regierungspartei "Partei der Ungarischen Koalition" (SMK) erklärte beispielsweise im Fernsehsender TV Markíza: "Wir freuen uns natürlich über Hyundai, aber wir stellen uns auch die Frage, was uns das kosten wird und woher wir dieses Geld nehmen werden." Der Vertrag ist nicht öffentlich einsehbar, weil er Geschäftsgeheimnisse enthält. Bekannt ist aber, dass sich die slowakische Regierung darin unter anderem verpflichtet, die noch bestehenden Lücken in der Autobahnverbindung Bratislava-Žilina bis 2006 zu schließen. Außerdem steuert die Regierung laut Finanzminister Mikloš aus dem Staatsbudget 8,8 Milliarden Kronen zur Errichtung des Automobilwerks bei.

## **Aussichtsloser Misstrauensantrag gegen Finanzminister Ivan Mikloš**

Am 9. März brachte die Oppositionspartei "Bewegung für eine Demokratische Slowakei" (HZDS) des ehemaligen Premierministers Vladimír Mečiar formell einen schon länger angekündigten Misstrauensantrag gegen Finanzminister und Vizepremierminister Ivan Mikloš ins Parlament. Schon eine Woche zuvor hatten alle vier offiziellen Oppositionsparteien, HZDS, Smer (Richtung), ĽÚ (Volksunion) und KSS (Kommunistische Partei der Slowakei) gemeinsam angekündigt, diesen Misstrauensantrag zu unterstützen. Damals schien der Antrag noch relativ große Erfolgsaussichten zu haben, da auch einzelne von den Regierungsparteien SDKÚ und ANO abgesprungene Parlamentarier eine mögliche Unterstützung andeuteten. Nachdem aber der nach einem Konflikt mit Premierminister Dzurinda aus der SDKÚ ausgetretene Ex-Verteidigungsminister Ivan Šimko klarstellte, seine Parlamentariergruppe werde den Antrag nicht unterstützen, hat dieser keine Erfolgsaussicht mehr. Šimko führt eine Gruppe von sieben Abgeordneten, die sich unter dem Namen "Freies Forum" (SF) zusammen geschlossen haben und zwar das Regierungsprogramm unterstützen, sich ansonsten aber als Oppositionsgruppe deklarieren. Die formelle Abstimmung über den Misstrauensantrag stand zum Abschluss dieses Berichts (10. März) noch aus.

## **Slowakische Reaktionen auf die Hamburg-Wahl**

Schon im Vorfeld der Wahl berichteten die prominentesten slowakischen Tageszeitungen über die Ausgangslage der größten Parteien und brachten dann ausführliche Berichte über das Ergebnis. Für Kommentare zum Wahlausgang blieb aber wegen der gleichzeitigen Konzentration auf das slowakische Thema Hyundai-Kia kein Platz. Den bundespolitischen Bezug der Wahl zeigen Überschriften wie "Hamburg schreckte Schröder" in der Sme vom 2. März. Darin wird auch darauf hingewiesen, dass das Hamburger Ergebnis nicht erst für die nächsten Parlamentswahlen, sondern schon für die anstehenden Bundespräsidentenwahlen den Siegeswillen und Optimismus der Christdemokraten stärken werde. Ähnlich reagierte die linksliberale Pravda auf das Wahlergebnis: "Hamburg: Schröders Partei erhielt Ohrfeige". Darin wird vor allem das persönliche Verdienst des Spitzenkandidaten Ole von Beust um den Wahlerfolg hervorgehoben. Die Wirtschaftsminister Pavol Rusko nahe stehende Narodna Obroda stellten das Wahlergebnis ebenfalls in einen bundespolitischen Zusammenhang: "CDU gewann Wahlen in Hamburg - Sozialdemokraten fürchten schlimmes Signal für Superwahljahr". Im Text heißt es dann unter anderem: "Politische Beobachter sind sich einig, dass von Beusts Sieg vor allem auf dessen persönliche Popularität unter der Hamburger Bevölkerung zurückzuführen ist. Im Lager der SPD werden aber auch Befürchtungen laut, dass



die Niederlage in Hamburg (...) nur der Anfang einer Serie von Niederlagen sein könnte."

Bratislava, den 10. März 2004

Christoph Thanei